

# Ruth der Eisenbahnherren

## Die Umkehrung mit der Tarifierhöhung - Der Reichstag protestiert

zu verdrängen, ist schon schlimm genug, aber ein Verbrechen ist es, daß man dem Wohnungsbau rund 6 Millionen Mark entzieht. In Sachsen müßten jährlich mindestens 2500 Wohnungen gebaut werden, wenn in absehbarer Zeit die Wohnungsnot wesentlich gemildert werden soll. Schon heute aber muß man leider damit rechnen, daß die zur Verfügung stehenden Mittel nicht reichen, um einen Wohnungsbau in dem notwendigen Umfange zu ermöglichen. Werden aber dem Wohnungsbau noch 6 Millionen Mark entzogen, so bedeutet das, daß etwa 1000 Wohnungen im Jahre weniger gebaut werden können.

Man hat so getan, als wenn man den auf diese Weise verlorengehenden Betrag durch einen Vorstoß aus allgemeinen Staatsmitteln ersetzen könnte und wollte. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß ein solcher Vorstoß höchstens im laufenden Jahre in Frage käme, daß aber wohl kaum in jedem Jahre vom Staat eine entsprechende Summe für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden könnte. Der sächsische Haushalt schließt bekanntlich mit einem Reibvermögen ab und der sächsische Staat müßte die 6 Millionen Mark aufnehmen. Die Regierung hat bisher immer behauptet, daß sie durch Anleihen im notwendigen Umfange Mittel für den Wohnungsbau nicht zur Verfügung stellen könnte. Wenn das aber doch möglich sein sollte, wäre es unbedingt notwendig, daß diese Mittel dazu verwendet werden, um den Wohnungsbau über das sonst mögliche Ausmaß zu steigern.

So sehr wir im Interesse der Wohnungsgelassen und der Mieter diesen neuesten Streich der sächsischen Koalitionserklärung bedauern, diese ganze an sich recht erbärmliche Geschichte hat wenigstens eine gute Seite: sie gibt den Wählern wieder einmal einen recht deutlichen Anhaltspunkt darüber, was sie von den Parteien und Gruppen zu halten haben, die in diesem Welt-Mess zusammengekommen sind. Hoffentlich erhalten die Wähler bei den Reichstagswahlen die Danksagung, die ihnen gebührt.

## Landarbeiter als Staffage

Der Landbund bringt zu seinen Demonstrationen, deren eigentlicher Zweck die Wahlpropaganda für die Deutschnationalen ist, viel Volk. Also werden die Landarbeiter zur Staffage gezwungen. Wie es gemacht wird, zeigt ein Befehl des Bismarcker Landbundes an die Deputierten der Arbeitergruppe:

Am Sonntag soll eine Massenversammlung in der ganzen Provinz die Not des Landvolkes öffentlich bekunden. Wir wissen, um was wir kämpfen, und wir werden nichts unversucht lassen, um Ziele zu kommen, auf welchem Wege es auch sei. Wir erwarten daher, daß die ganze Belegschaft des Gutes, der Arbeiter, Handwerker, Schneider, Schneider und Beamte, zur Montage in Stolz erscheinen. Was und Wollenschafterarbeiten müssen überwunden werden. Die Demonstrationen haben für große Ruhe und Ordnung zu sorgen. Wir bitten die Arbeiter, die in Verbindung stehen, zu kommen. Kommt, Arbeiter, Arbeiter, v. Probst, Geschäftsführer.

Die Herren Arbeitgeber kommandieren, und wehe dem Landarbeiter, der nicht pariert. Wenn er nicht an der Wahlpropaganda für die Deutschnationalen teilnimmt, verfällt er dem Terror. Es bleibt ihm aber immer noch ein — der sozialdemokratische Stimmzettel gegen seine Bedrücker!

## Sie haben Zeit ...

### Die Justiz und Hölz' Wiederaufnahmeantrag

SPD. Die Rechtsbeistände des zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilten Max Hölz, Rechtsanwalt Dr. Appel und Professor Halle, haben dem Reichstag mit dem Rechtsausschuß des Preussischen Landtages eine Eingabe eingereicht, in der eine bedauerliche Verschiebung dieser Beurteilung und zugleich eine Reform des Wiederaufnahme-rechts gefordert wird.

Wie wir erfahren, ist der Wiederaufnahmeantrag inzwischen vom Reichsgericht dem Oberreichsanwalt zur Stellungnahme übergeben worden. Das Votum des Oberreichsanwalts dürfte nach vor Ostern einfallen werden. Anschließend an dieses Votum wird dann der I. Strafsenat des Reichsgerichts über die Einleitung der Wiederaufnahme und den Antrag der Verteidigung auf Nichtzulassung zu entscheiden haben. — Langsam mahlen die Mühlen der Gerechtigkeit — wenn der Delinquent Hölz heißt.

## Frauentwahlrecht in England

S. London, 30. März. (Eig. Draht.)

Die Regierung brachte im Unterhaus einen Wahlrechts-gesetzesentwurf ein, der die Gleichstellung der Frauen als Wähler vorsieht. Der Innenminister bezeichnete das Gesetz als den wichtigsten Schritt der verschiedenen seit dem Jahre 1832 durchgeführten Wahlrechtsreformen. Er betonte, es würden Berechtigungen getroffen, damit bei den nächsten Wahlen niemand mehr als zwei Stimmen besitzen werde. Die Gesamtanzahl der englischen Wählerchaft werde in Zukunft zwischen 26 und 27 Millionen Personen betragen. Die Arbeiterpartei stimmte zu, wird aber später gegen das Wahlrecht (die vielen Frauenwähler wählen in allen Kreisen, wo sie Grundbesitz haben) votieren.

S. London, 31. März. (Eig. Draht.) Das Unterhaus hat mit 387 gegen 10 Stimmen das neue englische Frauenwahlrecht angenommen. Die Oppositionsparteien stimmten mit der Regierung.

Es erhalten also bei den nächsten Wahlen fünf Millionen Frauen von dem Wahlrecht, eine Tatsache, deren politische Wirkung kaum zu überschätzen ist.

## Für die Abrüstung!

S. London, 30. März. (Eig. Draht.) Der Abgeordnete der Arbeiterpartei und Generalsekretär der englischen Friedensgesellschaft G. Smith überreichte dem Ministerpräsidenten eine von 100.000 Personen unterschriebene Petition, in der die britische Regierung aufgefodert wird, die Initiative in der Entwaffnungsfrage zu ergreifen und in Bezug die Deutschland und seinen Verbündeten 1919 aufgezwungene Entwaffnung zur Basis einer allgemeinen Abrüstung zu machen. Die Petition trägt u. a. die Unterschrift des konservativen Ministers Lord Balfour und einer Reihe von Bischöfen und höheren Geistlichen der englischen Kirche.

**Verhandlungsverhandlungen im Ostpreußen** Am Freitag begannen in Königsberg die polnisch-litauischen Verhandlungen über die Befreiung der zwischen Litauen und Polen liegenden Ostpreußen. Die Verhandlungen führten über eine Verständigung in Bezug auf die zu erörternden litauischen Fragen nicht hinaus.

**Kloster erlaubt es endlich.** Dem deutschen Konsul in Charkow ist endlich die Genehmigung erteilt worden, die deutschen Angewandten und Werkmeister, die im Zusammenhang mit der Unternehmung des Klosters in Charkow am Bau in

Die von der Reichsbahn beschlossene Erhöhung der Tarife ist ein von langer Hand vorbereiteter Schlag gegen die Lohnbewegung. Sachlich ist diese Erhöhung nicht begründet. Die Reichsbahnfinanzen machen sie nicht notwendig, und vom Standpunkt der Konjunkturförderung aus ist sie nur schädlich. Das weiß die Öffentlichkeit, und deshalb ist sie gegen die Tarifierhöhung. Kein Wunder also, wenn der Reichstag am Freitag bei der Beratung des Verbesseerats den Beschluß des Verwaltungsrates der Reichsbahngesellschaft auf die schärfste verurteilt hat. Sämtliche Abgeordnete von links bis rechts kritisierten das Vorgehen der Reichsbahngesellschaft. Die Sozialdemokratie rügte zugleich, daß die Mitglieder des parlamentarischen Beirates über die Absicht der Reichsbahngesellschaft, die Tarife zu erhöhen, nicht informiert worden sind und protestiert gegen die Überlegung des Parlamentes. In der Debatte wurde sogar von Rednern der Rechtsparteien betont, die Reichsbahnverwaltung solle lieber die Leistungsulagen aufheben und

die Protektions- und Korruptionfonds abschaffen, statt Tarifierhöhungen vorzunehmen. In einer einstimmigen angenommenen Entschließung befreit der Reichstag die Notwendigkeit der Erhöhung der Eisenbahntarife. Er ersucht die Reichsregierung, der geplanten Tarifierhöhung die Zustimmung zu verweigern.

Diese Einstimmigkeit zeigt, daß die Reichsbahn sich auf falscher Fährte befindet. Wenn ihr Verwaltungsrat trotzdem eine Erhöhung beschloß, so hat das seine Gründe. Sie wurde durchgeführt, eben weil mit einem Proteststurm zu rechnen war, weil die Öffentlichkeit gegen die Lohnbewegung aufgeputscht werden und die Empörung der Wirtschaftskreise über die Tarifierhöhung dem Schorismochertum in seinem Kampf um die Verbesserung der Löhne Wasser auf die Mühle liefern soll. Man will unter allen Umständen für die Öffentlichkeit die Löhne der Fabrikanten, daß

die Tarifierhöhung eine Folge der Lohnbewegung sei. Der Verwaltungsrat glaubte zwar nach außen betonen zu

solten, daß die Tarifierhöhung von der Reichsbahn nicht in Zusammenhang mit der Lohnbewegung gefordert worden ist. In der Präsidialsitung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie wurden jedoch andere Töne angeschlagen. Dort erklärte Herr von Siemens, der Präsident des Verwaltungsrates der Reichsbahn, die Tarifierhöhung als Folge der allgemeinen Lohnsteigerungen und einer Steigerung der sozialen Verpflichtungen sowie der notwendigen Ausgestaltung der Anlagen.

Warum hat denn der Verwaltungsrat die Tarifierhöhung so prompt unmittelbar nach dem Abschluß der Lohnverhandlungen beschlossen? Die Mehrkosten aus der Erhöhung der Eisenbahnerlöhne beziffern sich auf 60 Millionen Mark im Jahr. Aus der Tarifierhöhung will man aber eine jährliche Mehreinnahme von 250 Millionen Mark herausziehen. Wenn die Reichsbahngesellschaft diese 250 Millionen Mark wirklich braucht, dann war sie längst über die Notwendigkeit einer Tarifierhöhung im Klaren. Dann hätte sie aber auch längst ihre Entscheidung bezüglich der Tarifierhöhung treffen können. Bei dieser Entscheidung spielten die zu erwartenden Mehrausgaben infolge der Lohnbewegung keine ausschlaggebende Rolle. Aber die Veroppelung der Tarifierhöhung mit der Lohnbewegung, das war ja der Zweck der Hebung.

Das Manöver der Reichsbahngewaltigen und der hinter ihnen stehenden Schorismacher muß rechtzeitig durchkreuzt werden.

Bei der Einsetzung des Verwaltungsrates der Reichsbahn ist damit zu rechnen, daß trotz dem Protest der Öffentlichkeit und des Reichstages dennoch die Tarifierhöhung kommt. Die Berührung der Wirtschaftskreise wird dann nicht aufhören, und eine geistige Luthernepresse wird offen und versteckt immer wieder die Arbeiterchaft zum Sündenbock machen. Die Lohnbewegung soll bei der Öffentlichkeit leeres, was es wolle, verlästert und verächtlich werden. Das ist der Sinn der Tarifpolitik des Verwaltungsrates der Reichsbahn, und dagegen muß sich die Öffentlichkeit mit aller Entschiedenheit wenden.

# Etat und Notprogramm durchgepeitscht

## Bereitstellung der Amnestie - wegen Nichtinbeziehung der Fememörder

### Deutscher Reichstag

414. Sitzung, Freitag den 30. März, 10 Uhr

Präsident Ebe tritt bei Eintritt in die Verhandlungen, sich darauf einzuweisen, daß die Billigung des Reichstages zum Etat und andere Gründe noch am Sonnabend eine Reichstags-sitzung notwendig machen.

Die Empörung der nationalsozialistischen Abg. Dr. Frick, Kube, Graf Reventlow und Straßer gegen Ordnungsrufe vom Dienstag werden zurückgewiesen.

Der schon erst vorgelagte deutsch-englische Handelsvertrag wird angenommen, ebenso das Gesetz gegen den Waffenhandel nach China.

Darauf wird die dritte Beratung des Rentenengesetzes erledigt und die dritte Beratung des Etats für 1928 fortgesetzt. Beim Staatsrat wird die gestern begonnene Amnestie-debatte weitergeführt.

### Abg. Landsberg (Soz.):

Ich will auf die bedauerlichen Vorgänge des gestrigen Abends nicht zurückkommen, es dürfte aber interessieren, wie sich diese Vorgänge in der Rate nahn widerspiegeln. Ich berichtet darüber unter der Überschrift: „Die angeprangerten Amnestieverwörter überfallen kommunistische Abgeordnete.“ (Anschließende und nach den bei den Republikanern, Zustimmungsurufe der Sozialisten, die durch laute Beifallrufe und Gesänge der Arbeiter am Weiterreden zu hindern suchen, wegen sich die Sozialdemokraten einschließen wehren. — Präsident Ebe tritt dringend, die Ruhe einzunehmen und Zustimmung zu unterlassen.) Die Rede zähle sagt weiter:

Als den sozialdemokratischen Amnestiebetreibern alle politischen Argumente aus der Hand geschlagen waren, griffen sie in ihrer sinnlosen Not zur Anwendung der brutalsten Sanktionen: die Amnestiebetreibern gegen die kommunistischen Abgeordneten. Demnach, von höher liegenden Kräften aus fühlten sie über die kommunistischen Fürsprecher der politischen Amnestiebetreibern her. (Lebhafter Entzückungsurufe der Sozialdemokraten und anderer Parteien. Zustimmungsurufe der Sozialisten.)

Ich glaube, man muß den Sitzplatz des gestrigen Tages dabei wahren, diesen Artikel als Geschichtsquelle zu benutzen. (Lebte wahr!)

Was die politische Amnestie anlangt, so sind wir der Ansicht, daß durch die Vorgänge von 1921 bis 1923 ein dicker Strich gezogen werden muß. Wir sind dazu bereit, unser Antrag liegt vor. Diese Vorgänge haben in einem so unerschütterlichen Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Notlage, die damals unser Land zu verurteilen drohte, daß wir der Ansicht sind, diese Zeit überlassen zu haben, nicht besser Ausweg geben können, als durch eine solche Amnestie. Wenn die Kuppelbetreibern sehr bald nach ihrem Aufbruch, für den auch eine gewisse Rechtfertigung in der Zeitverhältnisse lag, umgestürzt wurden, so ist die logische Folge, daß man auch mit den Vorgängen von 1921/23 Schluss macht. Das ist besonders zu wünschen für einen Mann wie Max Hölz, dessen Zustand mindestens im höchsten Maße zweifelhaft geworden ist. Wir wollen nur eine Ausnahme machen.

Die aller schwersten Verbrechen, die denen freiwillig und in vorläufiger Weise Menschenleben vernichtet worden sind, dürfen nicht als Bagatelle behandelt werden, wenn nicht besondere Umstände Milder rechtfertigen.

Wir denken nicht im mindesten daran, Artikel von zehn, fünfzehn Jahren oder gar lebenslänglichem Zuchthaus bis zur letzten Minute aufzuhalten zu lassen. Wir wollen uns nicht an den Qualen unserer politischen Gegner weiden. Auch hier soll Gnade walten. Die Amnestiebetreibern der kommunistischen Partei haben nach 1927 die radikalsten Mörder, Wundenstörer und Gefährter solcher Mörder von der Verantwortung ausschließen wollen. Wir wollen Vorboten überhaupt von der Amnestie ausschließen, während die Kommunisten den Verdacht des Todes, wenn er von ihren Parteigenossen begangen worden, ausschließen wollen.

Wir sind von der deutschnationalen Reaktion, was die Behandlung dieser Angelegenheit anbelangt, manches gehört, aber was jetzt vor uns steht, das ist die Höhe! Immer und immer wieder haben die Deutschnationalen in Reichstags-sitzung dem Reich die Befugnis abgeprochen, Sonderminister zu ernennen; jetzt wollen die Deutschnationalen die Reichsregierung zur Amnestie zwingen. Immer wieder haben die Deutschnationalen über

den Amnestiebetreibern gescholten, jetzt treten sie ihr selbst entgegen gegen uns gescholte Vorwürfe, während sie den nationalsozialistischen Amnestiebetreibern die Verantwortung für die Amnestiebetreibern überlassen. Ich werde mich nicht für diese Amnestiebetreibern verantworten, ich werde mich nicht für diese Amnestiebetreibern verantworten, ich werde mich nicht für diese Amnestiebetreibern verantworten.

Der deutschnational-kommunistische Amnestiebetreibern wird jagt die Verfolgung und Unterdrückung des Nordes, um es gesehen von seiner Verletzung, verbieten.

Dann würde es möglich sein, daß die Erzberger-Mörder aus Ungarn zurückkommen und sich ungehindert wieder in Deutschland niederlassen und betätigen könnten.

Die Strafmilderungsentscheidung in dem deutschnational-kommunistischen Antrag würde, so zu führen, daß die Amnestiebetreibern Zuchthaus statt fünf und ein Jahr Ausstaus nur fünf Jahre und sechs Monate Zuchthaus abzusitzen brauchen, wenn das Ausmaß der Verbrechen politische Widerstände nicht aufzuheben. Den Fememördern soll die Verantwortung der Amnestiebetreibern gegeben werden. Das Urteil des Strafgerichtes Berlin soll nicht geändert, doch ihnen die bürgerlichen Ehrenrechte sollten aberkannt werden müssen, weil bei ihrer Tat politische Ermüdung und geringe Rolle gespielt, vorbereitend aber die amnestiebetreibern Arbeit gewesen wäre. (Stürmischer Applaus, Applaus bei den Sozialisten.)

Schick man solche Leute auf die Zeitung, mit welchen Recht will man dann einen armen Teufel, der sich an fremdem Eigentum vergriffen hat, ins Gefängnis schicken?

(Stürmische Zustimmung bei den Sozialisten.) Sind die Kommunisten nicht einverstanden, daß man jetzt hier die Fememörder verurteilt und sie als Reine verurteilt hat, die den Lauf des Landes verurteilt? (Stürmischer Applaus bei den Sozialisten.) Wir werden unsere Wähler fragen, wollen wir diesen Antrag ablehnen?

„Reil wir euch nicht herabwürdigen wollen durch Gleichstellung mit den Fememördern.“

(Stürmische Zustimmung bei den Sozialisten.) Sind die Kommunisten nicht einverstanden, daß man jetzt hier die Fememörder verurteilt und sie als Reine verurteilt hat, die den Lauf des Landes verurteilt? (Stürmischer Applaus bei den Sozialisten.) Wir werden unsere Wähler fragen, wollen wir diesen Antrag ablehnen?

„Reil wir euch nicht herabwürdigen wollen durch Gleichstellung mit den Fememördern.“

Abg. Hölz (Soz.) erklärt persönlich unter fortwährendem Applaus, daß er nicht herabwürdigen wollen durch Gleichstellung mit den Fememördern. (Stürmischer Applaus bei den Sozialisten.)

Abg. Landsberg (Soz.) erklärt persönlich unter fortwährendem Applaus, daß er nicht herabwürdigen wollen durch Gleichstellung mit den Fememördern. (Stürmischer Applaus bei den Sozialisten.)

## Die Bürgerlichen bringen die Amnestie zum Scheitern

Es werden dann in empfindlicher Stimmung die kommunistischen und sozialdemokratischen Anträge über die Amnestiebetreibern verlesen und werden angenommen. — Der Antrag der Kommunisten, der Justizminister für Nord und Ostpreußen aus politischen Gründen in Reichstags-sitzung teilnehmen soll, wird mit 243 gegen 123 Stimmen der Kommunisten und Sozialisten bei 5 Enthaltungen unter förmlichem Protest angenommen.